

Sozialismus.de

Heft 6-2026 | EUR 9,00 | C 12232

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz



DGB-Kongress: Debatten zu Sozialstaat und Friedenspolitik
Dierk Hirschel: Stabiler Sozialstaat als Produktivkraft

Beiträge u.a. von
Isa Stolz, Brigitte Schiffler,
Uwe Roßbach, Torsten Teichert,
Heinz Bierbaum/Michael Brie,
Björn Radke, Hartmut Reiners,
Joachim Bischoff, Klaus Weber



**Forum
Gewerkschaften**

Wir machen Politik anders.

Die Linke

Die Linke

Diesen Artikel stellen wir ohne Berechnung zum Kennenlernen und für die Bildungsarbeit zur Verfügung. Das Publikationsprojekt, zu dem die Website www.Sozialismus.de mit aktuellen Analysen gehört, braucht dringend Unterstützung, also neue Abonnent*innen und **Spenden**. Beides ist auf der Website möglich. Vielen Dank im voraus!

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf
www.Sozialismus.de

US-Dealmaker in der VR China

US-Präsident Donald Trump hat den chinesischen Staat- und Parteichef Xi Jinping besucht. Es war nach 2017 sein zweiter Staatsbesuch in China. Trump sprach zum Abschluss von »fantastischen Handelsdeals«, ohne allerdings Detail zu nennen. [...]

Corbyn: Wir müssen den Menschen Hoffnung geben

Wir erleben ein Psychodrama: Wird der Premierminister als Vorsitzender der Labour Party herausgefordert? Wird er zum Zeitpunkt der Abstimmung über seine Regierungsvorhaben noch Premierminister sein? Wird ihm sein Gesundheitsminister mit einer Gegenkandidatur den Fehdehandschuh hinwerfen? [...]

Labour zwischen Rechtspopulismus und Linksreformismus

Veränderungen im politischen Kräftefeld Großbritanniens und Nordirland brechen sich zumeist bei der Gesamterneuerungswahl des Unterhauses Bahn. In diesem Jahr waren es jedoch die »Midterm«-Wahlen, die die Verschiebungen in der britischen Wählerschaft und damit die Brüche im Parteiensystem offenlegt haben. [...]

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und Leser:innen das konkret machen könnten, steht ebenfalls unter
www.Sozialismus.de

Heft Nr. 6 | Juni 2026 | 53. Jahrgang | Heft Nr. 517

Berliner Republik: Konservative, Linke und ein Reicher

Uwe Roßbach: Demokratie leben! Vor dem Sterben? 2

Isa Stolz: Aufrüstung im Namen der Emanzipation?
Ein Plädoyer 7

Heinz Bierbaum/Michael Brie:
Für eine starke Linke 10

Joachim Bischoff/Bernhard Müller/Gerd Siebecke:
Die Linke in den Ruinen des spätbürgerlichen Parteiensystems 13

Torsten Teichert: Der 100-Millionen-Euro-Mann
Wie das »Sein« der Ehefrau das »Bewusstsein« des Markus Söder bestimmt ... 16

Klimabremser und Lebenslügen

Björn Radke: Klimaschutz ist teuer – Bremsen wird noch teurer 20

Hartmut Reiners: Beitragssatzstabilität: Lebenslüge der Sozialpolitik 24

Forum Gewerkschaften

Redaktion Sozialismus.de: Debatten über Transformationen, Sozialstaat und Friedenspolitik. Und ein misslungener Kanzlerbesuch auf dem DGB-Kongress 28

Dierk Hirschel:
Sozialstaat als Produktivkraft 31

Systemwechsel?

Joachim Bischoff: Technoking Musk. Techgiganten und die moderne Betriebsweise für den Kapitalismus des 21. Jahrhunderts 37

Brigitte Schiffler: Die Zukunft Kubas wird nicht enden 43

Linke Orte und rechte Geschichtsschreibung

Claus-Jürgen Göpfert: Stachel bleibt »im Hintern der Finanzwelt«
Die Rettung des Club Voltaire ist Ergebnis harter politischer Arbeit,
doch die Zukunft bleibt herausfordernd 48

Kay Beiderwieden: »Eine Ökonomie der armen Menschen und für arme Menschen«. Zur Kapitalismusgeschichte von Werner Plumpe 52

Sozialismus.de Debatte

Klaus Weber: Faschisierung – ein notwendiger Begriff
Einwände zu Beiträgen von Sebastian Friedrich und Klaus Dörre 56

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum 55

Veranstaltungshinweise 60

Gerd Siebecke: Ingeborg Bachmann – Jemand, der ich einmal war (Filmkritik) . 61

Klimaschutz ist teuer – Bremsen wird noch teurer

von ■ Björn Radke

Eine vom Forschungsinstitut Frontier Economics im Auftrag der DIHK¹ (Deutsche Industrie- und Handelskammer) erstellte Studie kommt zu dem Schluss, dass die laufenden und zukünftigen Kosten der Energiewende in Deutschland drastisch steigen könnten. Zwischen 2025 und 2049 summieren sich die Gesamtkosten nach aktuellen Berechnungen auf 4,8 bis 5,4 Bio. Euro. Die Analyse macht deutlich, dass ohne eine grundlegende Neujustierung der Energiepolitik erhebliche Belastungen für Unternehmen, Verbraucher*innen und öffentliche Haushalte drohen.

Deutschland müsste für die Umsetzung der aktuellen Energiewende-Politik 4,8 bis 5,4 Bio. Euro aufbringen. Diese Summe ergibt sich aus Investitionen,

Netzkosten, Betriebskosten und Energieimporten. Aufgeteilt bedeutet dies:

- Energieimporte: 2,0 bis 2,3 Bio. Euro – damit größte Einzelkomponente;
- Netzinfrastruktur (Ausbau & Betrieb): rund 1,2 Bio. Euro;
- Neue Erzeugungskapazitäten (CAPEX): 1,1 bis 1,5 Bio. Euro;
- Betriebskosten der Kraftwerke (OPEX): 495 bis 498 Mrd. Euro.

Um die politisch gesetzten Energie- und Klimaziele zu erreichen, müssen zum Beispiel 2035 rund 113 bis 316 Mrd. Euro investiert werden – mehr als eine Verdopplung gegenüber heute. Derzeit liegen die jährlichen energie-wendebedingten Investitionen im Mittel bei 82 Mrd. Euro. Ab 2030 steigen die Gesamtkosten für Erzeugung, Net-

ze, Betrieb und Importe auf 212 bis 229 Mrd. Euro pro Jahr – bei ungünstigeren technologischen Lernkurven sogar auf bis zu 257 Mrd. Euro.

Die Studie des DIHK setzt als Konsequenz auf einen »technologieoffenen, marktorientierten Ansatz«, der die Gesamtsystemkosten bis 2050 um 530 bis 910 Mrd. Euro senken könnte – das entspricht 11% bis 17% Kostenreduktion. Ein großer Kostenblock seien die Importe. Trotz ambitionierter Ausbauziele für erneuerbare Energien wird Deutschland auch langfristig erhebliche Energiemengen einführen müssen. Nach den Zahlen der Studie summieren sich diese Importkosten bis 2049 auf 2,0 bis 2,3 Bio. Euro, abhängig von den zugrunde gelegten Technologie-

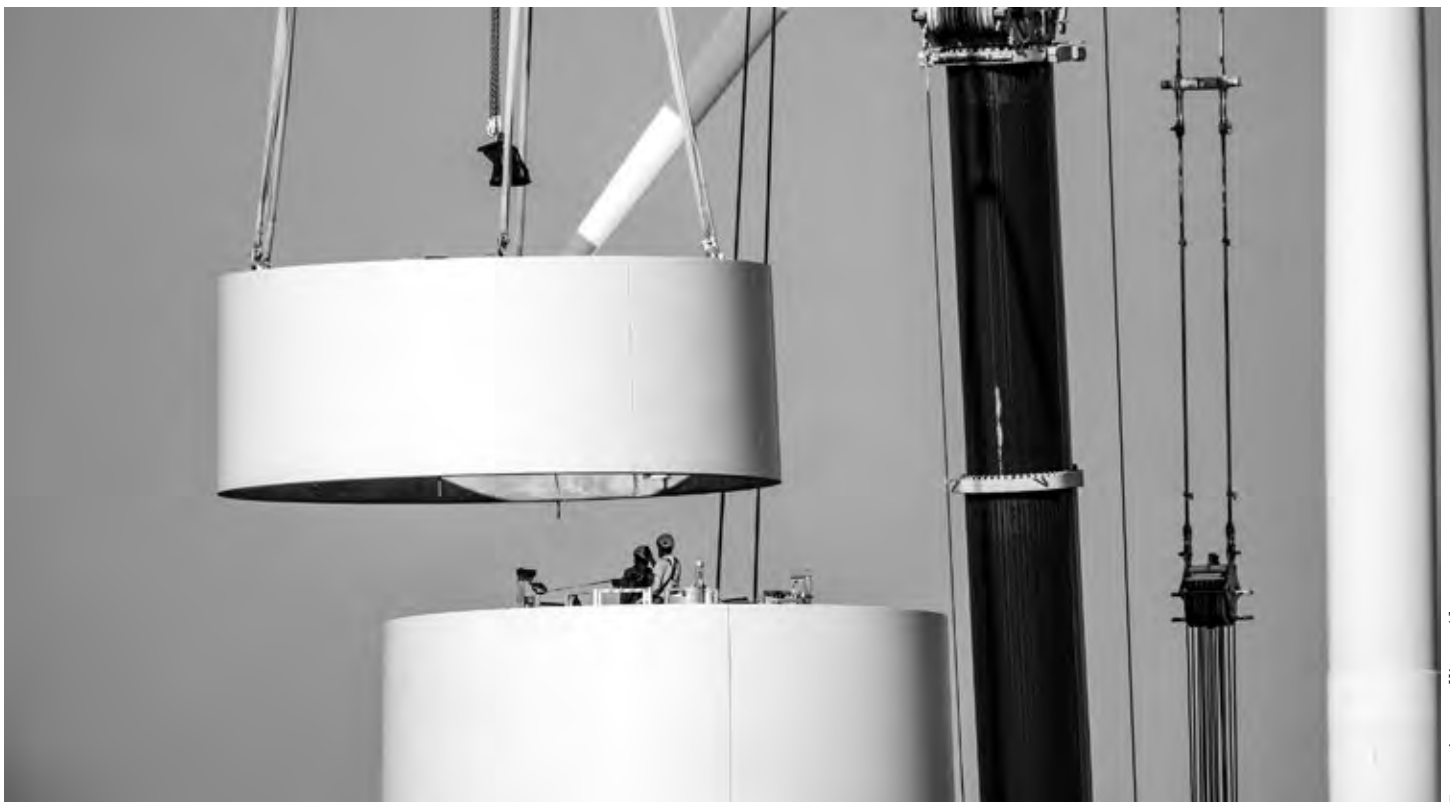


Foto: picture-alliance/dpa

und Preisentwicklungen. Diese Kosten beinhalten die Herausforderung, das Energiesystem gegen geopolitische Spannungen und Preisschwankungen abzusichern. Konkret gemeint sind die Einführungen von aus Fracking gewonnenem LNG-Gas, das in den USA zwar kostengünstig gefördert wird, aber als importiertes Flüssiggas (LNG) nach Deutschland nicht billig ist, da zu den reinen Förderkosten die teure Verflüssigung, der Transport per Schiff und die Regasifizierung hinzukommen.

Die Entscheidung der Ampelregierung, auf das in der Anschaffung teure LNG-Gas zu setzen, erklärt sich aus dem Bemühen, mit Beginn des russischen Angriffskrieges und der damit verbundenen Kappung der Gasimporte aus der energiepolitischen Abhängigkeit Russlands aussteigen zu können. Für Bundeswirtschaftsministerin Katharina Reiche (CDU) sind die Ergebnisse der DHIK eine Steilvorlage für ihren Bremskurs bei der Energiewende. In ihrer wilden Entschlossenheit nimmt sie auch massive Kritik in Kauf, wie jüngst durch den Normenkontrollrat, der mit scharfen Worten das vom Bundeskabinett beschlossene Gebäude-Modernisierungsgesetz (GModG) kritisiert. Der Normenkontrollrat reagierte mit heftiger Kritik auf den Gesetzentwurf zum Einbau von Heizungen. Dessen Chef Lutz Goebel bezeichnete den Gesetzentwurf als eines der »handwerklich schwächsten und praxisfernsten Vorhaben, die dem Nationalen Normenkontrollrat in den vergangenen Jahren vorgelegt wurden«.

Energiewende ja, aber sie darf nicht zu teuer sein

Deshalb treibt Reiche die Debatte um die heimische Erdgasförderung durch Fracking voran. Sie argumentiert, dass es nicht zusammenpasse, den Abbau im eigenen Land zu verhindern, aber gleichzeitig Fracking-Gas aus Ländern wie den USA zu importieren. Angesichts der Energiekrise verweisen Reiche und ihre Berater*innen auf vorhandene Gasreserven in Deutschland, die durch moderne Technik umweltschonender als früher erschlossen werden könnten.

Doch der Vorstoß ist politisch hoch umstritten. Umweltverbände und Teile der Koalition warnen vor unkalkulierbaren Risiken für das Grundwasser. »Nach Schätzungen der Wirtschaft könnte Fracking 6 bis 12% des deutschen Gasverbrauchs decken«, sagt Karen Pittel, Leiterin des ifo Zentrums für Energie, Klima und Ressourcen.² Dazu müsse zunächst das Fracking-Verbot aufgehoben und in eine entsprechende Industrie in Deutschland investiert werden.

Von der Planung bis hin zur ersten Förderung von Erdgas könnten fünf bis neun Jahre vergehen, fügte sie hinzu. Um die Klimaneutralitätsziele bis 2045 zu erreichen, sei aber bereits ab dem Jahr 2030 mit einem deutlich geringeren Erdgasbedarf zu rechnen. »Aufgrund dieses begrenzten Zeitraums ist eine Investition in die Erdgasförderung aus betriebswirtschaftlicher Sicht schwierig«, sagt Pittel. Laut der Expertenkommission Fracking wird die Förderung aus nicht konventionellen Lagerstätten wegen hoher Erschließungskosten in der Regel für 20 bis 30 Jahre betrieben. Die laufenden Kosten für Fracking in Deutschland werden auf 26 bis 43 Euro pro Megawattstunde geschätzt. Wettbewerbsfähig sei die Branche, wenn der tatsächliche Erdgaspreis am oberen Rand aktueller Prognosen liege. Für das Jahr 2030 liegen diese zwischen 18 und 59 Euro pro Megawattstunde. »Private Investitionen durch Unternehmen brauchen Planungssicherheit«, sagt Pittel. Die gebe es beim Fracking in Deutschland nicht.

Ganzheitlicher Blick auf Kosten der Energiewende notwendig

Zu einer gegensätzlichen Schlussfolgerung aus den von keiner Seite bestrittenen hohen Kosten der Energiewende kommt PwC Deutschland.³ Mit dem »Green Deal« hat die Europäische Union ambitionierte Klimaschutzziele festgelegt, um Europa bis zum Jahr 2050 treibhausgasneutral (THG-neutral) zu gestalten. Eine der größten Herausforderungen auf dem Weg zur THG-Neutralität sind die enormen Kosten. Ein ganzheitliches Zukunftsszenario, also eine umfassende Gesamtrechnung,

muss auch die jährlichen Energiekosten einbeziehen. Die Ergebnisse der hier zitierten PwC-Analyse unterstützen bestehende Argumente zur strategischen Planung und Umsetzung der THG-Neutralität bis 2045. Die PwC-Analyse zeigt, dass höhere bzw. schnellere Investitionen in den Klimaschutz zu niedrigeren Energiekosten führen – natürlich in Abhängigkeit von der Menge der eingesparten Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen). Die Expert:innen von PwC haben bei ihrer Klimakostenanalyse für Deutschland zwei Szenarien miteinander verglichen.

Die Analyse zeigt, dass die Gesamtkosten für eine emissionsneutrale Energieversorgung im Jahr 2045 – bei einem Betrachtungszeitraum bis 2050 – mit etwa 13,2 Bio. Euro nicht höher sind als die Kosten im Weiter-wie-bisher-Szenario mit geschätzten 13,3 Bio. Euro (siehe hierzu die Abbildung 1 auf der folgenden Seite). Die Gesamtkosten liegen sogar leicht darunter! Zudem unterscheiden sich die beiden Berechnungsszenarien auch bezüglich des Kostenmixes. Im Beschleunigter-Klimaschutz-Szenario entstehen Investitionskosten von rund 5,3 Bio. Euro, während es im Weiter-wie-bisher-Szenario nur circa 3,9 Bio. Euro sind. Jedoch sind die zusammengefassten Energiekosten bis 2050 im Beschleunigter-Klimaschutz-Szenario mit 7,9 Bio. Euro viel geringer als die 9,4 Billionen im Weiter-wie-bisher-Szenario.

Die volkswirtschaftlichen Vorteile durch einen beschleunigten Klimaschutz in Deutschland steigen von Jahr zu Jahr. Bereits im Jahr 2045 lassen sich die jährlichen Kosten in diesem Szenario um zehn Mrd. Euro reduzieren, also auf 450 Mrd. Euro statt 460 Mrd. Euro bei einem »Weiter wie bisher«. Damit ist klar: Beschleunigte Investitionen in den Klimaschutz lohnen sich – auch ökonomisch.

Björn Radke ist Redakteur von Sozialismus.de.

¹ www.dihk.de/de/newsroom/aktuelle-energiewende-politik-kostet-bis-zu-5-4-billionen-euro-141284.

² www.ifo.de/pressemitteilung/2023-11-23/fracking-hat-deutschland-derzeit-nur-begrenztes-potenzial.

³ www.pwc.de/de/energiwirtschaft/klimaschutzinvestitionen-lohnen-sich.html.

Neu!



Josef Mühlbauer / Klaus Moegling
(Hrsg.)

Wege zum Frieden Perspektiven der kritischen Friedensforschung

Mai 2026 – 452 Seiten – ca. 40,00 €
Print-ISBN 978-3-89691-154-4
erscheint auch Open Access

3., überarb. Auflage

Jürgen Ritsert

Soziale Klassen

(Einstiege, Band 8)

3., vollständig überarbeitete Auflage
Mai 2026 – 121 Seiten – ca. 18,00 €
Für Bibliotheken auch als
EBook-Campuslizenz bestellbar:
eISBN 978-3-98634-212-8

3. Auflage

Heide Gerstenberger

Markt und Gewalt

Die Funktionsweise des historischen Kapitalismus

(Theorie und Geschichte der
bürgerlichen Gesellschaft, Band 25)
3. Auflage 2026 – 739 Seiten – 50,00 €
Print-ISBN 978-3-89691-125-4
Für Bibliotheken auch als
EBook-Campuslizenz bestellbar:
eISBN 978-3-98634-159-6

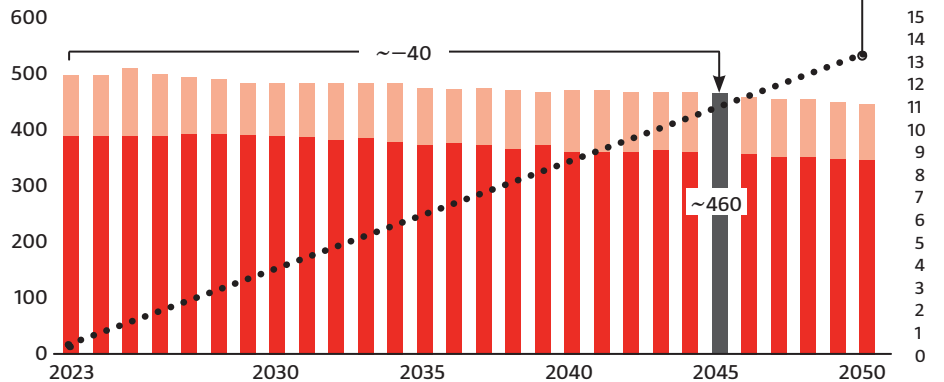
WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE



Abb. 1: Entwicklung der Gesamtkosten

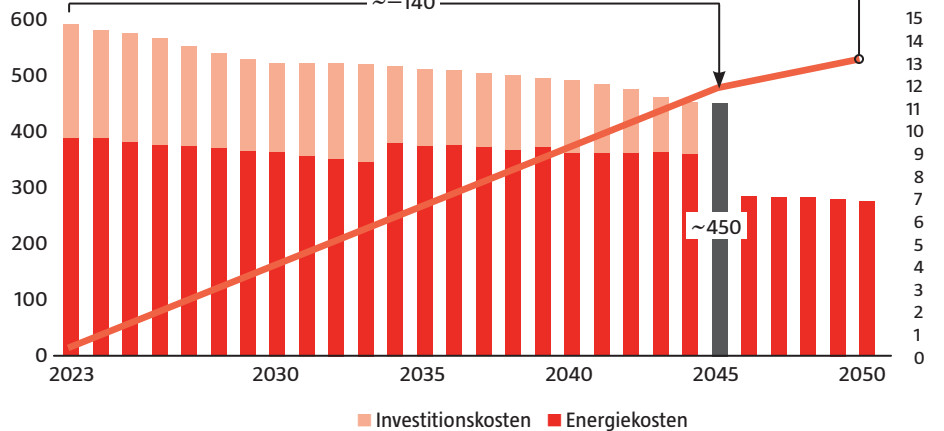
Gesamtkosten im Weiter-wie-bisher-Szenario

jährliche Gesamtkosten in Mrd. Euro



Gesamtkosten im Beschleunigter-Klimaschutz-Szenario

jährliche Kosten in Mrd. Euro



Quelle: PwC-Studie 2024 »Warum sich Investitionen in Klimaschutz lohnen!« ©

Anreize an den richtigen Stellen setzen und Akzeptanz fördern

Die Klimakostenanalyse der Studie zeigt, dass Klimaschutz langfristig lohnenswert ist. »In der Studie haben wir die fünf aus unserer Sicht wichtigsten »Energiewende-Beschleuniger« skizziert. Dabei folgende drei Top-Prioritäten: Ganz oben in der Prioritätenliste steht, dass die Politik klare und verlässliche Rahmenbedingungen entwickeln muss. Wenn Investoren motiviert sein sollen, mehr Geld als bisher für die Energiewende bereitzustellen, brauchen sie bestmögliche Planungssicherheit bezüglich der Kosten, Steuern und Umlagen sowie realistische Aussichten auf angemessene Renditen. Zudem sollten die Rahmenbedingungen auf maximale Umsetzungsgeschwindigkeit bei Klimaschutzmaßnahmen und CO₂-Vermeidung zielen.

Dann folgt der Aufbau von staatlichen und privaten Anker-Kreditgebern für die Energiewirtschaft als Top-2-Priorität. Planbare Lösungen wie die finanzielle Unterstützung z.B. durch staatliche Bürgschaften (die im optimalen Fall kein Geld kosten) oder durch Kapital aus Fonds oder Pensionskassen sind je nach Sektor sogar besser geeignet als zinsvergünstigte Kredite, um die schnelle Integration erneuerbarer Energien in das Energiesystem zu ermöglichen und zu verstärken. Top-3-Priorität: Zu guter Letzt wäre es sehr förderlich, wenn der Staat Investoren zinsgünstige und/oder zinsfreie Kredite bereitstellen würde.«

Die DIW-Energieökonomin Claudia Kemfert bekräftigt nicht nur in ihrem neuen Buch »Kurzschluss«,⁴ sondern auch in vielen Medienbeiträgen, in Podcasts, Videos und Talkshows ihre Gegenposition zur Energiepolitik der Bundesregierung. Sie betont, dass

die Kosten des Nichtstuns den finanziellen Aufwand der Transformation um ein Vielfaches übersteigen. Sie plädiert dafür, Klimaschutz nicht als Belastung, sondern als wirtschaftliche Chance für Innovation, neue Arbeitsplätze und echte Unabhängigkeit von fossilen Energieimporten zu sehen.

Zu den Kernpunkten ihrer Position gehören:

- **Kosten des Nichtstuns:** Die Schäden durch den Klimawandel gehen in Deutschland mittlerweile in die Hunderte Milliarden Euro. Jeder Euro, der in den Klimaschutz investiert wird, zahlt sich nach ihren Analysen vielfach aus.
- **Fokus auf die richtigen Technologien:** Kemfert kritisiert, dass der Staat erneuerbare Energien teils künstlich abregelt oder ineffiziente Wege wie E-Fuels für Pkw fördert, anstatt voll auf direkt genutzten Ökostrom, Wärmepumpen und Elektromobilität zu setzen.
- **Subventionsabbau statt Schuldenbremse:** Sie fordert den konsequenten Abbau klimaschädlicher Subventionen (ca. 90 Mrd. Euro jährlich in Deutschland), um die Transformation fair und finanzierbar zu gestalten.
- **Soziale Ausgewogenheit:** Sie befürwortet eine gezielte finanzielle Entlastung der Bürger*innen, wie etwa durch ein direktes Klimageld, um die soziale Spaltung bei den Energiekosten zu vermeiden.

In einem Interview⁵ fasst Claudia Kemfert zusammen: »Kurzfristige Interessen dominieren zu oft die politische Debatte. Die Kosten der Transformation werden überbetont, die Risiken des Nichtstuns unterschätzt. [...] Dass Erneuerbare Energien abgeregelt werden, ist kein Stromproblem, sondern ein Systemproblem. Es fehlt an Flexibilität: Speicher, Lastmanagement, digitale Steuerung und dezentrale Netze greifen noch nicht ausreichend ineinander. Smart Meter, Elektromobilität und Wärmepumpen können aktiv zur Systemstabilität beitragen. Ein gut abgestimmtes System nutzt Erneuerbare Energien effizient, statt sie zu verschwenden. [...] Wir setzen ambitionierte Ziele, handeln aber oft widersprüchlich. Fossile Strukturen werden weiter gestützt, während zentrale Lösungen wie Gebäudesanierung oder klimafreundliche Wärme zu langsam vorankommen. Das kostet Zeit, Geld und Vertrauen. Eine klare, konsistente Politik würde die Transformation erheblich beschleunigen. [...] Rückschritte gehören zur Realität, auch wenn sie frustrieren. Wichtig ist, den Blick nach vorn zu behalten, denn die Richtung stimmt. ... Versorgungssicherheit entsteht durch ein intelligentes Zusammenspiel im gesamten System. Neben mehr Erneuerbaren Energien ist Energiesparen zentral, in der Industrie, in Gebäuden durch energetische Sanierung. Zudem sind Wärmepumpen und Elektromobilität zentral. Batteriespeicher, Lastmanage-

ment, Smart Meter, Digitalisierung und Wasserstoff ergänzen das System. Aktuell werden oft die teuersten meist fossilen Lösungen gefördert, während die günstigsten blockiert werden. Das müssen wir dringend ändern.«

Angesichts der realpolitischen Trends sind solche Positionierungen wie die von PwC und Claudia Kemfert und auch – stellvertretend für andere Wissenschaftler*innen – die von Maja Goepel wichtige Impulsgeber und Orientierungshilfen. Tatsache ist aber auch, dass viele von den bisher angestoßenen Maßnahmen, die vor allem die Akzeptanz in der Bevölkerung für diesen epochalen Prozess erhöhen sollten, auf halbem Wege stecken geblieben sind. Dass die Grünen in den aktuellen Umfragen mit stabilen 14 bis 15% nun besser dastehen, als bei der Bundestagswahl, kann durchaus darauf zurückzuführen sein, dass angesichts der gegenwärtigen Engpässe für die fossilen Lieferketten viele Menschen der Meinung sind, dass die Grünen – insbesondere mit ihrer Energiepolitik – doch nicht völlig falsch gelegen haben.

⁴ Claudia Kemfert, Kurzschluss. Wie wir unsere Energiezukunft verspielen, Frankfurt a.M./New York 2026.

⁵ www.unendlich-viel-energie.de/interview-claudia-kemfert.

VSA: Ökonomie, Politik, Medien und Umwelt

Im Buchhandel oder direkt bei:
VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6,
20099 Hamburg, info@vsa-verlag.de
www.vsa-verlag.de



Jürgen Lichey/Gottfried Meyer-Thoss/
Wolfgang Schilling

Ökonomische, politische und mediale Macht

Verschränkung von Wachstumszwang und instrumenteller Vernunft
240 Seiten | € 19.80
ISBN 978-3-96488-274-5

Die aktuelle Flutwelle an Informationen ist verbunden mit einer Zunahme von Komplexität. Lange galten die Wissenschaften als Garanten für »Objektivität«, seltener die Medien. Inzwischen schwindet das Vertrauen in beide. Was sind die Ursachen und wie ist Vertrauen zurückzugewinnen?

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu

theoretischen oder historischen Grundsatzfragen ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- ☐ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 85,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte Buchprämie ☐ Russland ☐ Streik ☐ Luxemburg
- ☐ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 65,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte Buchprämie ☐ Russland ☐ Streik ☐ Luxemburg
- ☐ Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 20,-/Ausland € 25,-).
- ☐ Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

